

*Unbegreiflich – Österreich bei Vermögenssteuern an vorletzter Stelle*

# Reiche bitte zur Kasse!

Näheres

auf Seite 2

Ausgabe 1

**Echt  
krass**

TOTAL ABHÄNGIG



## Echt krass – Österreich bei Vermögenssteuern an vorletzter Stelle

# Reiche sollen zahlen!

Seit 2010 ist es amtlich – Österreich hat unter allen OECD-Staaten den zweitniedrigsten Anteil von Vermögenssteuern. Nur mehr 1,3% kommen aus der Besteuerung von Vermögen. Nur in Tschechien (1,1%) tragen die Reichen noch weniger zur Finanzierung des Staatshaushalts bei. Die Last der Staatsfinanzierung liegt somit fast ausschließlich auf den Schultern der Erwerbstätigen.



Foto: Wachhaus

Der internationale Vergleich zeigt eklatante Unterschiede beim Vermögenssteueraufkommen der einzelnen Staaten:

Spitzenreiter sind die USA und Korea mit rund 12% der Steuern aus Vermögen, gefolgt von Großbritannien mit 11,6%, Frankreich mit 7,8% und der Schweiz mit 7,5%. Der EU-Schnitt liegt bei rund 5%.

Würde man in Österreich die Vermögenssteuern nur

auf EU-Schnitt anheben, brächte das bei vorsichtiger Berechnung rund 3,8 Milliarden Euro mehr für die Staatskasse!

Die Plattform „Wege aus der Krise“ hat die Regierung aufgefordert, umgehend auch von den Reichen einen angemessenen Beitrag einzufordern und Steuern auf Vermögen ab 500.000 Euro einzuführen. Der ÖGB wiederum fordert eine Reichensteuer ab 700.000 Euro.

### „Echt krass“ konkret – Ein Reichensteuermodell

„Wege aus der Krise“ hat ein Vermögenssteuermodell vorgestellt, das einen Freibetrag von 500.000 Euro vorsieht. Durch diesen Freibetrag werden Haus- und Wohnungsbesitzer in der Regel nicht belastet. Dennoch würde das Modell 3,5 Milliarden Euro bringen, weil die wirklich Reichen zur Kasse gebeten werden.

Steuerrechner: [www.reichebestuern.at/steuerrechner](http://www.reichebestuern.at/steuerrechner)

## Vermögenssteuern – Standpunkte der Parteien



**SPÖ:** Nach den Plänen von Bundeskanzler Werner Faymann soll die Vermögenssteuer die echten Millionäre treffen. In Österreich wären insgesamt 80.000 Menschen betroffen. Bei diesen Millionären möchte Faymann einen Steuersatz von 0,3 bis 0,7% auf das Privatvermögen, also Geldvermögen und Immobilien, einheben. Ein Freibetrag von einer Million Euro soll sicherstellen, dass nicht der kleine Hausbesitzer betroffen wäre.

**Grüne:** Die Superreichen werden nicht ausreichend zur Kasse gebeten, denn Österreich ist europaweit Schlusslicht bei der Besteuerung von Vermögen, eine Steueroase für Superreiche. Deshalb wollen die Grünen, dass die obersten 10% ihren fairen Beitrag zum Bildungs- und Sozialstaat leisten. Eine Anhebung der vermögensbezogenen Steuern auf EU-15-Schnitt ist mehr als überfällig.



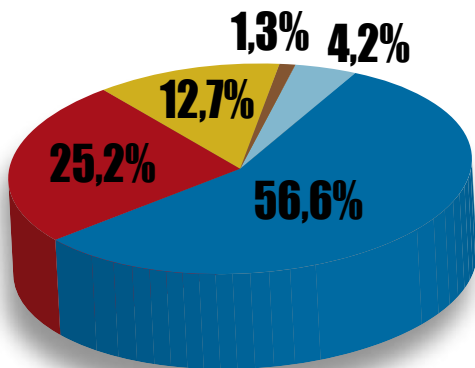
**ÖVP:** Finanzministerin Maria Fekter erteilt der Forderung nach einer Vermögenssteuer eine Absage. Vermögenswerte seien in Österreich bereits ausreichend besteuert. Es gebe bereits genügend vermögensbezogene Steuern in Österreich: Bei den Sparbüchern würden die Zinsen besteuert, wenn man aus Betriebsanlagevermögen Gewinn erwirtschaftete, müsse man Körperschaftssteuer zahlen, dazu komme die Grundsteuer.

**FPÖ:** Die FPÖ erteilt der Reichensteuer eine Absage. Eine Vermögenssteuer würde in den Augen der FPÖ lediglich den Mittelstand belasten.

**BZÖ:** Zusätzliche Steuereinnahmen in Milliardenhöhe bedeuten automatisch eine noch höhere Belastung für den Mittelstand. Neue Steuern, welche die Mittelschicht treffen, will das BZÖ auf das Schärfste bekämpfen.

Arbeitnehmer und Pensionisten tragen Großteil des Staatshaushalts

# Wir zahlen fast allein für den Steuerkuchen



- Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben (56,6%)
- Steuern auf Konsum (25,2%)
- Steuern von Gewinnen und Kapitalerträgen (12,7%)
- Vermögenssteuern (1,3%)
- Sonstige Steuern (4,2%)

Der österreichische Staat konnte im Jahr 2010 auf rund 119 Milliarden Euro Steuern und Sozialversicherungsabgaben zurückgreifen. Diese Mittel werden fast ausschließlich von Arbeitnehmern und Pensionisten aufgebracht. Steuereinnahmen aus vermögensbezogenen Steuern belaufen sich nämlich auf nur 1,3%. Dies obwohl 10% der Bevölkerung in Österreich rund zwei Drittel des gesamten Geld- und Immobilienvermögens besitzen. Aus diesem Grund bereitet die Finanzierung des Staatshaushalts auch Probleme. Die Reichen werden zwar immer reicher, sie tragen jedoch immer weniger zum Allgemeinwohl bei.

## „Echt krass“ Kommentar

### Reiche zur Kasse bitten

Fast nirgends ist die soziale Absicherung so gegeben wie in Österreich. Deshalb beneiden uns zahlreiche andere Staaten um unser System. Die gute Versorgung kostet allerdings viel Geld. Um diesen Sozialstaat daher langfristig abzusichern, müssen Reiche endlich ihren fairen Anteil dazu beitragen. Schließlich profitieren auch sie davon. Derzeit sind die Ungleichgewichte im Steuersystem jedenfalls unerträglich und gehören schnellstmöglich ausgeglichen.



W. Androsch  
vidua Salzburg

Foto: Archiv

## Wahnsinn: Echt krasse Verteilung der Steuerlast

Arbeitnehmer werden in Österreich immer stärker zur Kasse gebeten, während Reiche und große Kapitalgesellschaften immer weniger zahlen. Klar ersichtlich ist dies, wenn das Aufkommen von Lohnsteuern und Gewinnsteuern in den Jahren 1975 und 2010 genauer betrachtet wird.

1975 war der Anteil der Lohnsteuer und der Gewinnsteuern am gesamten Steuerkuchen mit rund 18% gleich hoch. In den letzten 35 Jahren hat sich jedoch eine enorme Schiefelage ergeben. Mittlerweile kommen 31% der gesamten Steuereinnahmen aus Lohnsteuer. Selbstständige und Unternehmen tragen nur mehr 11% zum Steueraufkommen bei.

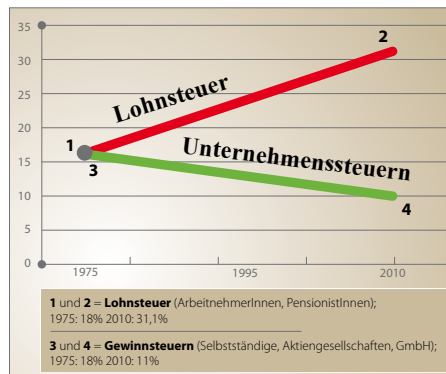


Foto: Waidhäusl

## Skandalös! Keine Steuern auf Finanzgeschäfte

Bei jedem Alltagsgeschäft werden wir zur Kasse gebeten. Egal ob wir ein Bier oder ein Auto kaufen, die Mehrwertsteuer ist immer fällig. Der Handel und die Spekulationen auf den Finanzmärkten sind hingegen völlig steuerfrei. Dabei hätten 0,1% Steuern auf die gehandelten Summen allein in Österreich 1,76 Milliarden Euro in den Staatshaushalt gespült.



**Echt krass – Wir müssen sparen und die Reichen werden reicher**

# Land der Superreichen

**Herrn und Frau Österreicher fällt die Bewältigung des Alltags immer schwerer. Das Budget 2011 brachte schmerzliche Einschnitte vor allem für Familien, Pensionisten und Pflegebedürftige. Das Unfassbare dabei: Während ein Großteil der Österreicher jeden Euro mittlerweile mehrfach umdrehen muss, vermehrt sich das Vermögen Superreicher explosionsartig.**

Eine brandaktuelle Studie der liechtensteinischen Valuga AG belegt es: Im Jahr 2010 hat es in Österreich 73.000 Euro-Millionäre gegeben, um 5000 mehr als 2009. Somit waren die Reichen im Krisenjahr 2009, das für zahlreiche Arbeitnehmer Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnkürzungen brachte, überhaupt nicht betroffen. Im Gegenteil: Die Reichen haben in Krisenzeiten super Geschäfte gemacht. Ihren

Besitz konnten sie in nur einem Jahr um rund 10% auf insgesamt 230 Milliarden Euro steigern.

Der Großteil der Österreicher muss bei der Einführung einer Vermögenssteuer nicht vor einer höheren Steuerlast fürchten. Zahlen sollen jene, die es sich leisten können: Österreichs Millionäre (0,88% der Bevölkerung) besitzen ein Drittel des Finanzvermögens, zahlen dafür aber so gut wie keine Steuern.

## Vermögensreichtum in wenigen Händen



## Die reichsten Österreicher

1. Piëch & Porsche, Familien	33,8 Milliarden
2. Flick, Familie	6,8 Milliarden
3. Mateschitz, Dietrich	5,0 Milliarden
4. Graf, Johann	4,0 Milliarden
5. Wlaschek, Karl	3,5 Milliarden
6. Horten, Heidi	3,1 Milliarden
7. Swarovski, Familie	2,3 Milliarden
8. Schlaff, Martin	2,2 Milliarden

## Steuerbetrug durch Bankgeheimnis

Österreich ist für Vermögende eine Insel der Seligen. Dank dem einzigartig strengen Bankgeheimnis ist der Steuerhinterziehung Tür und Tor geöffnet. Allein aus Deutschland liegen geschätzte 70 Milliarden Euro auf österreichischen Bankkonten. Erhebliche Teile davon sind an der deutschen Steuer vorbeigeschleust worden.

„Österreich muss endlich das Bankgeheimnis abschaffen und beim automatischen Informationsaustausch ohne Extrawürste mitmachen“, erklärt Alexandra Strickner von Attac. Als einzige EU-Staaten geben Österreich und Luxemburg keine Informationen über Zinserträge ausländischer AnlegerInnen an deren Finanzämter weiter. Vom Bankgeheimnis profitieren letztendlich nur die vermögendsten Bürger, den Schaden durch Steuerhinterziehung trägt die Allgemeinheit.

Bei einer Abschaffung des Bankgeheimnisses könnten zudem Kapitaleinkommen endlich gleich besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Dadurch wären die Mittel vorhanden, um Steuern auf Löhne und Gehälter zu senken. Der Datenschutz gegenüber Nachbarn, Verwandten und Politikern würde jedenfalls aufrecht bleiben.



Foto: Walchhaus

## Kleinwalsertal: Hier treffen sich die Superreichen

Riezlern im Kleinwalsertal ist ein kleiner Vorarlberger Ort in Nachbarschaft zu Deutschland. Was nur wenige wissen: Riezlern ist eine Steueroase ohne Palmen, dafür mit Bergen. Die 1949 Einwohner dürfen sich über zehn Banken freuen und die örtliche Walser Privatbank AG (ehemals Raiffeisen) betreut unglaubliche 2,2 Mrd. Euro Kundenvermögen.

## Arbeitnehmer bezahlen für die Folgen der Krise

# Wir sind die Deppen der Nation

**Die reichsten 10% besitzen zwar rund 70% des gesamten Kapitalvermögens, die Kosten von Krisen zahlen jedoch immer andere – nämlich ausschließlich der Mittelstand.**

Echt krass: Für die Krisenbewältigung wird der Mittelstand benutzt. Die Vermögen der Superreichen werden nicht angezapft. Diese Tatsache legt Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann in ihrem Buch „Hurra, wir dürfen zahlen“ eindrucksvoll dar.

Für Herrmann ist es kein Zufall, dass der Reichtum in Krisenzeiten wächst. So

wurden dank der Bankenrettungspakete auch die immensen Vermögen der Reichen gerettet. Für die Reichen ist es ein doppeltes Geschäft. Das nötige Geld zur Rettung ihrer Vermögen musste sich der Staat von den Reichen ausleihen, sie streifen dafür hohe Zinsen ein.

Als Hauptursache für diese Ungerechtigkeit sieht

Herrmann den Umstand, dass in Österreich Zahlen über ArbeitnehmerInnen bestens bekannt sind. Über Selbstständige und Unternehmer ist jedoch nur wenig bekannt. Als Beispiel dafür nennt sie zwei unterschiedliche Schätzungen zum gesamten Stiftungsvermögen in Österreich. Die Nationalbank schätzt dies auf rund 26 Milliarden Euro. Der Raiffeisenverband geht von 60 bis 80 Milliarden aus.



## So sparen Sie Steuern!

Sie wollen Steuern sparen? Dann gründen Sie doch einfach ein Unternehmen! Von 2005 bis 2009 haben heimische Unternehmen jeweils deutlich weniger als den nominalen Körperschaftsteuersatz von 25% bezahlt. Durchschnittlich wurden in diesen fünf Jahren nicht einmal 20% berappt.

Dank der so genannten Gruppenbesteuerung drücken sich österreichische Unternehmen ganz legal vor ihren Steuerzahlungen. Satte Gewinne im Inland dürfen sie mit Verlusten im Ausland – die oft nur schwer nachvollziehbar sind – gegenrechnen.

## Das Märchen vom scheuen Reh

Immer wenn die Forderung nach Einführung von Vermögenssteuern in Österreich erhoben wird, wehren sich die Betroffenen mit millionenschweren Kampagnen. Von „Häusbauersteuer“ ist dann die Rede oder von „gebremster“ Wirtschaft. Das Kapital wird aber auch oft als scheues Reh dargestellt, das beim ersten Anzeichen von Vermögenssteuern ins Ausland flüchten würde.



## Nichts davon ist wahr!

Wohin soll das scheue Reh flüchten, wenn beinahe überall auf der Welt ohnehin höhere Vermögenssteuern zu zahlen sind als in Österreich? Vermögenssteuern treffen keine Häusbauer, weil Vermögen (je nach Modell) erst ab 500.000 oder einer Million Euro (und dann nur minimal) besteuert werden sollen. Vermögenssteuern würden das Wirtschaftswachstum anregen, da das Geld in Betriebe investiert würde. Statt Zockereien an internationalen Börsen würden Arbeitsplätze geschaffen.

## „Echt krass“ So wird das Wetter

Vom Süden zieht ein Spekulationshoch auf, das sich an den Gipfeln der Gewinnmaximierung festsetzt. Ein ergiebiger Geldregen fördert in allen Börsengebieten die Personaleinsparungstendenzen. Ein Dauertief liegt über den Armutstälern. Dieses wird sich dort die nächsten Jahrzehnte festsetzen.

Eine Aussicht auf Einkommensverbesserung besteht nicht. Warnung: In diesen Gebieten wird mit weiteren Lohndumping-Orkanen gerechnet. Außerdem sind weitere Einkommensreduzierungen bei gleichzeitigem Arbeitszeitzuwachs möglich.

## England: Privatisierte Züge brachten enorme Sicherheitsmängel

# Gefahr auf Schienen

**Privatisierungen sind gefährlich. Sie kosten nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze, sondern mitunter auch Menschenleben. Das hat die vollständige Privatisierung der britischen Eisenbahn Mitte der 90er-Jahre gezeigt.**

England gilt als das Heimatland des Neoliberalismus. Kein Wunder also, dass dort mittlerweile (fast) alles privatisiert ist, was privatisiert werden kann. Dass diese Privatisierung ohne Rücksicht auf Verluste ins Verderben führt, hat sich auf tragische Weise beim englischen Zugverkehr gezeigt. Seit

Mitte der 90er-Jahre ging die britische Regierung daran, das staatliche System an Private zu verscherbeln. Seit damals existieren in Großbritannien gut 25 verschiedene Eisenbahn-



gesellschaften. Darüber hinaus wurde die Schieneninfrastruktur wie Gleise, Signale, Tunnel, Brücken, Bahnübergänge und einige Bahnhöfe an die Firma Railtrack übertragen. Da Railtrack ein börsennotiertes Unternehmen war und somit Gewinne erzielen musste, wurde ab diesem Zeitpunkt bei der Qualität der In-

standhaltung massiv eingespart. Mit verheerenden Folgen: Bei mehreren Unfällen wurden hunderte Menschen verletzt und dutzende Menschen kamen ums Leben. Spät, aber doch erkannte die britische Regierung den Fehler. Railtrack wurde Ende 2002 aufgelöst. Unter dem Namen „Network Rail“ erfolgte die neuerliche Verstaatlichung. Die immensen Kosten der Sanierung des völlig kaputten Bahnnetzes hatte wieder die Allgemeinheit zu tragen.

### Blickpunkt Schiene

Ein Blick auf andere Länder zeigt, dass Bahnprivatisierungen immer steigende Sicherheitsrisiken, vermehrte Unfälle, Einstellung unrentabler Nebenstrecken, teurere Fahrpreise, Angebotsverschlechterungen und Arbeitsplatzabbau zur Folge hatten. Gewinne in rentablen Bereichen (Hauptverkehrsstrecken) wurden privatisiert, teure Infrastrukturkosten blieben am Staat/Steuerzahler hängen.

In Großbritannien und Neuseeland wurden die Bahnprivatisierungen zum Teil wieder zurückgenommen. In Österreich darf es gar nicht erst so weit kommen.

## Echt krass: Privatisierungen gefährden Versorgung

# Nein zu weiteren Privatisierungen

**Wichtige Infrastrukturbereiche sind in der öffentlichen Hand bestens aufgehoben. Privatisierungen bringen lediglich einmalige Gewinne und gefährden die Versorgung.**

Die Österreicher dürfen sich glücklich schätzen. Noch sind Post, Bahn oder Wasserversorgung nicht völlig privatisiert. Der Staat stellt sicher, dass ALLE Bürger Zugriff auf leistbare Infrastruktur haben. Obwohl diese Güter Garant für eine le-

benswerte Gesellschaft sind, werden immer wieder Rufe nach weiteren Privatisierungen laut. Vordergründig sollen dadurch Budgetprobleme gelöst werden, in Wahrheit dient dieser Ausverkauf der Bereicherung von Finanzspekulanten.

Berechnungen von ÖGB und AK beweisen: Durch die Teilprivatisierungen von OMV, Post und Telekom unter der schwarz-blauen Regierung sind den Steuerzahlern 1,7 Milliarden Euro an Dividenden entgangen. Die Einmal Erlöse von damals haben die Budgetprobleme nicht gelöst. Genauso wenig würden sie jetzt zu einem wesentlichen Schuldenabbau beitragen.

### „Echt krass“ Zitat

Reichtum ist wie Mist. Auf einem Haufen stinkt er. Gut verteilt bringt er das Land zum Blühen.

*Georg Kovarik, ÖGB*

**Förderung für private Pensionsvorsorge hilft nur Besserverdienern**

# Förderung der privaten Pensionen stoppen

**Von gierigen Lobbyisten wird das staatliche Pensionssystem gerne krankgeredet. Dabei ist es das sicherste System überhaupt. Es gehört daher weiter gestärkt – statt private Systeme zu fördern.**

Die Österreicher leben glücklicherweise immer länger. Dadurch ergibt sich automatisch eine Herausforderung fürs staatliche Pensionssystem. Geld, das im bewährten Umlagesystem fehlt, könnte von den Förderungen für private Pensionen weggenommen werden. Subventionen für private Pensionskassen soll-

ten deshalb gestrichen werden, weil dieses System besonders unfair ist. Nur rund die Hälfte der Österreicher kann sich eine Privatpension leisten. Für die Förderungen solcher Produkte zahlt jedoch jeder Steuerzahler. Allein 2008 stopfte Österreich geschätzte 500 Steuermillionen in die private Pensionsvorsorge.

Geld, das zur Sicherung der staatlichen Vorsorge besser angelegt wäre.

Sicher ist nämlich nur eines: Sicherheit für die Einlagen in die private Pensionsvorsorge gibt es nicht. Turbulenzen auf den Finanzmärkten wirken sich sofort negativ auf die private Pensionsvorsorge aus. Das Restrisiko wird niemals von den Banken getragen, sondern lieber den Menschen aufgebürdet. Soziale Verantwortung übernimmt letztendlich nur der Staat.



**Förderungen für private Pensionen den Hahn abdrehen und das staatliche System stärken.**

**Echt krass: Schwarz-blaue Regierung hat neue Maßstäbe gesetzt**

# Supersaubere Geschäfte

**Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2000 begann in Österreich eine beispiellose Privatisierungswelle. Diese hat (fast) allen geschadet. Profitiert haben nur wenige.**

BUWOG, Telekom, Post, Austria Tabak sind nur einige der Staatsbetriebe, deren Privatisierung im Jahr 2000 und danach in Angriff genommen worden ist. Etwas mehr als ein Jahrzehnt danach zeigt sich: Die Privatisierung hat der Bevölkerung enorme Qualitätsverluste (Postamtsschließungen) beschert und hunderte Arbeitsplätze gekostet. Außerdem fehlen die früher regelmäßi-

gen Einnahmen im Staatsbudget.

Zu dieser schlechten Bilanz kommt noch, dass mehr als ein Jahrzehnt nach Beginn der Ära Schwarz-Blau immer wieder neue Ungeheimheiten auftauchen. Für Rätselraten sorgen dabei die enorm hohen Geldsummen, die geflossen sind.

Bis dato ist jedenfalls bekannt, dass rund 80 Millionen Euro an Erfolgspro-

visionen, Beraterhonoraren, Werbeaufwendungen, Pressekongressen etc. im Rahmen der Privatisierungen geflossen sind. Das Geld kam von staatlichen und staatsnahen Konzernen wie Telekom

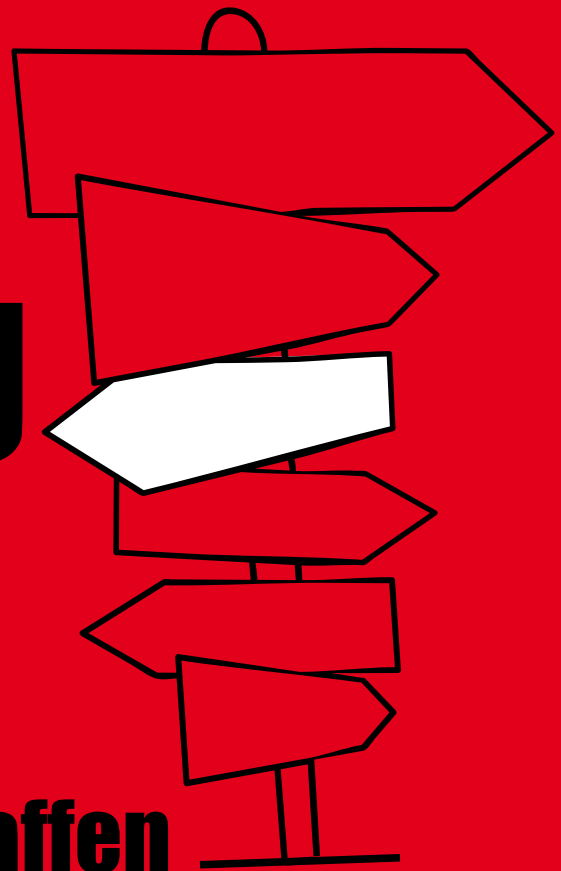
und Post, aber auch von Ministerien – für Leistungen, die nicht immer klar erkennbar waren. Der Dumme ist wie immer der Steuerzahler: Letztendlich werden die Kosten auf ihn abgewälzt.

## Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vda, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Hersteller: Mediaprint  
 Herstellungsort: Wien  
 Redaktionsteam dieser Ausgabe: Thomas Berger, Peter Haibach, Anima Groess, Christoph Schulz.  
 Grafik: Verlag des ÖGB GmbH  
 Fotos: Bildagentur Waldhäusl, Archiv  
 ZVR: 576 439 352



# **Gemeinsam einen neuen Weg einschlagen!**



- **Bankgeheimnis abschaffen**
- **Große Vermögen besteuern**
- **Privatisierungen stoppen**
- **Finanztransaktionen besteuern**
- **Mehr Geld für ArbeitnehmerInnen,  
Bildung, Gesundheit und Pflege**